



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

02/2022

Das BAMF



# Inhaltsverzeichnis

## Verfahren

BVerwG zum Anspruch auf abgeleiteten Familienflüchtlingsschutz für Eltern und minderjährige Geschwister	4
Syrien: Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor der deutschen Justiz	5
Auswirkungen von Staatenlosigkeit bei Nachkommen syrischer Staatsangehöriger	6
EUAA: Neue Methodologie zur Vorhersage von asylbezogener Migration	6
Neuer Länderreport zu Afghanistan	7

## Aus der Rechtsprechung

OVG Greifswald / Italien: Bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verletzung von Art. 3 EMRK / Art. 4 GRCh	7
VGH Mannheim / Griechenland: Bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verletzung von Art. 3 EMRK / Art. 4 GRCh	8

## Was sonst?

Neuerwerbungen der Bibliothek	8
-------------------------------	---

Impressum	9
-----------	---



## BVerwG zum Anspruch auf abgeleiteten Familienflüchtlingsschutz für Eltern und minderjährige Geschwister

Der 1. Revisionssenat des Bundesverwaltungsgerichts hat in seiner Leitsatzentscheidung vom 25. November 2021 (Az. 1 C 4.21) entschieden, dass der eigene subsidiäre Schutzstatus von Eltern und Geschwistern einer Person, der die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, nicht die Zuerkennung von Familienflüchtlingsschutz hindert, wenn im Zeitpunkt der Asylantragstellung der Familie der Stammberechtigte ledig und minderjährig war und die Eltern zu diesem Zeitpunkt die Personensorge innehatten.

In der Urteilsbegründung arbeitet das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) praxisrelevante Rechtsfragen zum abgeleiteten Familienschutz auf und stellt vorab die Bedeutung des Ableitungskonzeptes im Hinblick auf die sich aus Art. 23 Abs. 1 RL 2011/95/EU ergebenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten gegenüber nahen Familienangehörigen Schutzberechtigter heraus.

Das BVerwG greift in seiner Urteilsbegründung unter Rn. 11 f.<sup>1</sup> die mit Urteil des EuGH (Europäischer Gerichtshof) vom 9. November 2021 (Az. C-91/20) geklärte Frage der Unionsrechtskonformität der Staturerstreckung auf nahe Familienangehörige auf (§ 26 Abs. 5 S. 1 und 2 Alt. 1 i. V. m. Abs. 3 S. 1 AsylG), die als günstigere nationale Regelung gemäß Art. 3 RL 2011/95/EU<sup>2</sup> den Mitgliedstaaten erlaubt sei.

Ob der Stammberechtigte im Laufe des Verfahrens volljährig wurde, ist für die Gewährung abgeleiteten Schutzes unerheblich. Es ist ausreichend, dass sowohl die Familienangehörigen als auch das stammberechtigte Kind ihre Asylgesuche vor dem Eintritt der Volljährigkeit (formlos) äußerten<sup>3</sup>. Das Asylgesuch ist geäußert, respektive der Asylantrag ist gemäß § 26 Absatz 5 Satz 1 und Satz 2 i. V. m. Absatz 3 Satz 1 AsylG gestellt, wenn ein Schutzersuchen einer für die Registrierung zuständigen Stelle oder einer Behörde, bei der ein solches wahrscheinlich gestellt wird, formlos angetragen wird.<sup>4</sup>

Das Bundesverwaltungsgericht setzt so die Wertungen des EuGH<sup>5</sup> um und stellt nicht nur hinsichtlich der Minderjährigkeit des Stammberechtigten auf den Zeitpunkt des formlosen Asylgesuches der Familienangehörigen ab, sondern auch für die Tatbestandsmerkmale der „Ledigkeit“ und der „Personensorge“.

Auf Grundlage der Argumentation des Bundesverwaltungsgerichts, dass für einen Asylantrag i. S. v. § 26 Abs. 5 S. 1 und 2 Alt. 1 i. V. m. Abs. 3 S. 1 AsylG, der in § 13 Abs. 1 AsylG umschriebene Antrag im materiellen Sinne ausreichend ist,<sup>6</sup> ist auch im Hinblick auf das Tatbestandsmerkmal der unverzüglichen Antragstellung auf das formlose Asylgesuch abzustellen.

Den Eltern und Geschwistern der Person, der die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, vermittelt deren subsidiäre Schutzberechtigung keine „bessere Rechtstellung“.<sup>7</sup> Mit der Zuerkennung subsidiären Schutzes aus eigenem Recht wird die Wahrung des Familienverbands zwar bereits ermöglicht, die rechtliche Stellung der Familienangehörigen jedoch nicht verbessert. Das Ziel der Richtlinie, die Einheit der Kernfamilie zu festigen, wird vielmehr durch die im nationalen Recht vorgesehene Angleichung des Schutzstatus ebenso in besonderer Weise bekräftigt wie durch die Erstreckung auch auf minderjährige, ledige Geschwister.

Einschränkungen der automatischen Staturerstreckung sind möglich. Neben den unionsrechtlich geforderten Ausnahmen (Art. 12 RL 2011/95/EU) sind auch sogenannte Ableitungsketten<sup>8</sup> gemäß § 26 Abs. 4 AsylG national gesetzlich ausdrücklich ausgenommen. Zudem setzt die Gewährung abgeleiteten Familienschutzes den Bestand der Familie im Herkunftsland voraus (§ 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 AsylG) und steht nach dem Willen des Gesetzgebers in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Asylverfahren des Stammberechtigten und dessen Einreise (§ 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 AsylG). Der nationale Gesetzgeber war weder verfassungs- noch unionsrechtlich gehindert, die Gewährung internationalen Familienschutzes der Eltern und Geschwister<sup>9</sup> für den Fall, dass jene nach der Anerkennung einreisen, von der unverzüglichen Asylantragstellung abhängig zu machen. § 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 AsylG dient dazu, den Zusammenhang zu dem Asylverfahren des Stammberechtigten klar- und sicherzustellen. Dabei ist in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes geklärt, dass der Gesetzgeber befugt ist, durch das Erfordernis der „unverzüglichen Antragstellung“ Verfolgung, Flucht und Schutzersuchen in einen zeitlichen Zusammenhang zu stellen und so zu verknüpfen.

1 Insoweit bereits Engel in EE-Brief 12/2021: „EuGH: Anspruch eines minderjährigen Kindes auf abgeleiteten Familienschutz, dessen Eltern unterschiedliche Staatsangehörigkeiten besitzen“

2 Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes („Qualifikationsrichtlinie“)

3 So bereits EuGH, Urteil vom 09.09.2021, C-768/19 <Rn. 29 ff.>

4 BVerwG, a. a. O. <Leitsatz 3; Rn. 25, 28>

5 Siehe Urteil vom 09.09.2021, C-768/19

6 BVerwG a. a. O. Rn. 28

7 BVerwG a. a. O. <Rn. 19 f.>

8 s. BVerwG, Beschluss vom 21.12.2021, 1 B 35.21, Rn. 4 f. m. w. N.

9 Anm.: für Ehe- und Lebenspartner: § 26 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AsylG

Das Gebot der unverzüglichen Antragstellung ist auch unionsrechtlich nicht zu beanstanden, da die aus Art. 23 RL 2011/95/EU resultierenden Ansprüche und Rechte von Familienangehörigen unberührt bleiben, selbst wenn die Ableitung des Familienschutzes nicht möglich ist<sup>10</sup>.

Susann Kegel, 61D

## Syrien: Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor der deutschen Justiz

Im weltweit ersten Gerichtsverfahren zu staatlicher Folter in Syrien wurde am 13. Januar 2022 Anwar R., ein ehemaliger Oberst des syrischen Geheimdienstes, in Koblenz wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Das Oberlandesgericht sah es als erwiesen an, dass R., der 2011 und 2012 die Al-Khatib-Einheit in Damaskus beaufsichtigte, sich „eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Form von Tötung, Folter, schwerwiegender Freiheitsberaubung, Vergewaltigung und sexueller Nötigung in Tateinheit mit Mord in 27 Fällen, gefährlicher Körperverletzung in 25 Fällen, besonders schwerer Vergewaltigung, sexueller Nötigung in zwei Fällen, über eine Woche dauernder Freiheitsberaubung in 14 Fällen, Geiselnahme in zwei Fällen und sexuellen Missbrauchs von Gefangenen in drei Fällen“<sup>11</sup> schuldig gemacht habe.

Das Gerichtsverfahren gegen R. und seinen Mitarbeiter Eyad A. begann im April 2020. Eine ausführliche Dokumentation des Verfahrens, einschließlich der Prozessberichte, wurde unter anderem durch das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) vorgenommen.<sup>12</sup> Im Falle des Mitangeklagten A. konnten keine Zeuginnen oder Zeugen gefunden werden, welche die Vorwürfe gegen ihn hätten verifizieren können. So bestand der Hauptbeleg für seine Verurteilung in einer Aussage, die der Angeklagte selbst getätigt hatte. A. wurde noch im Februar 2021 zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt.<sup>13</sup>

Anwar R. desertierte und verließ Syrien bereits im Jahr 2012. Im Jahr 2014 nahm er als Delegierter der Opposition an Friedensgesprächen in Genf teil. Im

selben Jahr erlangte er ein Visum für Deutschland, wo er schließlich im Februar 2019 verhaftet wurde, nachdem ihn ein syrischer Geflüchteter in Deutschland auf der Straße wiedererkannte und so den Anstoß für ein Ermittlungsverfahren geben konnte. Die Staatsanwaltschaft legte während des Prozesses Beweismaterial vor, das von mehreren Dutzend Folterüberlebenden eingeholt worden war, die heute in Europa leben.<sup>14</sup>

Gerichtsverfahren zu Menschenrechtsverletzungen in Syrien erfolgten in Deutschland bislang nur gegen Täter auf niedriger Ebene der Befehlsstrukturen oder gegen höherrangige Personen, die jedoch ausschließlich in Abwesenheit angeklagt werden konnten. Einige Rechtsexpertinnen und -experten sind der Meinung, dass das Urteil andere Täter davon abhalten könnte, wie R. zu desertieren und nach Europa zu kommen, wo sie möglicherweise ebenso einen Prozess zu befürchten hätten.<sup>15</sup>

Eine Untersuchung der Völkerrechtsverbrechen in Syrien durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag scheiterte am Veto der ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder Russland und China.<sup>16</sup> Die Verurteilung ausländischer Staatsangehöriger durch ein deutsches Gericht wird durch das Weltrechtsprinzip im Völkerstrafrecht ermöglicht. Erste Anwendung fand dieses Prinzip in den Nürnberger Prozessen der deutschen Nachkriegsgeschichte, im Prozess gegen Adolf Eichmann in Israel, und schließlich auch im Kontext des Völkermords in Ruanda, den Jugoslawien-Kriegen und dem Völkermord an den Jesidinnen und Jesiden im Irak. Von diesen Fällen unterscheidet sich der syrische jedoch maßgeblich dadurch, dass die hauptverantwortlichen Täter zum Zeitpunkt der Gerichtsverfahren nach wie vor an der Macht sind.<sup>17,18</sup>

Im Januar 2022, nur eine Woche nach dem Urteilspruch gegen Anwar R., begann vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main der Prozess gegen Dr. Alaa M., der als Arzt in verschiedenen Militärkrankenhäusern in Homs und Damaskus an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen sein soll. Ihm werden Folter in mindestens 18 Fällen und Mord in einem Fall vorgeworfen. Beobachterinnen

14 Hubbard, Ben/ Schuetze, Christopher F.: Former Syrian colonel guilty in war crimes trial in Germany: Who is Anwar Raslan? In: The New York Times, 13.01.2022 (updated 14.01.2022), <https://www.nytimes.com/live/2022/01/13/world/syria-war-crimes-germany-verdict#who-is-the-defendant-anwar-raslan>, (Abruf 16.02.2022).

15 Hubbard, Ben: Germany takes rare step in putting Syrian officers on trial in torture case, in: The New York Times, 23.04.2020 (updated 24.02.2021), <https://www.nytimes.com/2020/04/23/world/middleeast/syria-germany-war-crimes-trial.html>, (Abruf 16.02.2022).

16 Sengupta, Somini: China and Russia block referral of Syria to court, in: The New York Times, 22.05.2014, <https://www.nytimes.com/2014/05/23/world/middleeast/syria-vote-in-security-council.html>, (Abruf 16.02.2022).

17 Hubbard, Ben: Germany takes rare step in putting Syrian officers on trial in torture case, a.a.O.

18 Bennhold, Katrin: Former Syrian colonel guilty in war crimes trial in Germany. Why was the trial in Germany? In: The New York Times, 13.01.2022 (updated 14.01.2022), <https://www.nytimes.com/live/2022/01/13/world/syria-war-crimes-germany-verdict#the-crimes-were-committed-in-syria-why-was-the-trial-in-germany>, (Abruf 16.02.2022).

10 BVerwG, Beschluss vom 21.12.2021, 1 B 35.21, Rn. 13 f. m. w. N.

11 Oberlandesgericht Koblenz: Pressemitteilung, Lebenslange Haft u.a. wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit und wegen Mordes – Urteil gegen einen mutmaßlichen Mitarbeiter des syrischen Geheimdienstes, 13.01.2022, <https://olgko.justiz.rlp.de/de/startseite/detail/news/News/detail/lebenslange-haft-ua-wegen-verbrechens-gegen-die-menschlichkeit-und-wegen-mordes-urteil-gegen-ein/>, (Abruf 16.02.2022).

12 Vgl. auch ECCHR: [Weltweit erster Prozess zu Staatsfolter in Syrien vor dem OLG Koblenz](https://www.ecchr.eu/en/news/2021/02/24/world/middleeast/germany-court-syria-war-crimes.html), ohne Datum,

13 Hubbard, Ben: German court convicts former Syrian official of crimes against humanity, in: The New York Times, 24.02.2021, <https://www.nytimes.com/2021/02/24/world/middleeast/germany-court-syria-war-crimes.html>, (Abruf 16.02.2022).



und Beobachtern zufolge bestehe eine Herausforderung für die Anklage darin, nachzuweisen, dass die Verbrechen unter der Anleitung der syrischen Regierung stattgefunden hätten, um den Tatbestand als Verbrechen gegen die Menschlichkeit klassifizieren zu können. Dr. M. verließ Syrien im Jahr 2015 und gelangte anschließend in die Bundesrepublik, wo er in einem Krankenhaus in Kassel weiterhin als Arzt tätig sein konnte. Im Juni 2020 wurde er verhaftet, nachdem syrische Geflüchtete ihn wiedererkannten und den deutschen Behörden meldeten.<sup>19,20</sup>

Beobachterinnen und Beobachter sehen in den Gerichtsverfahren nicht nur die Möglichkeit für die unmittelbaren Opfer, einen gewissen Abschluss zu finden, sondern auch die Gelegenheit, einen wichtigen Beitrag zur Dokumentation und Offenlegung des syrischen Kriegs- und Folterapparates zu leisten.<sup>21</sup>

*Jonas Hensler, 62G*

## Auswirkungen von Staatenlosigkeit bei Nachkommen syrischer Staatsangehöriger

Um die syrische Staatsbürgerschaft zu erlangen, gilt zunächst das Gebot des *Jus sanguinis*, das heißt das Abstammungsprinzip. In Syrien überträgt zumeist der syrische Vater seine Staatsbürgerschaft auf die Kinder, unabhängig von seinem Geburtsort. Ist der Vater jedoch abwesend oder unbekannt, kann Staatenlosigkeit der Kinder die Folge sein. Syrische Mütter können nur bedingt die Staatsbürgerschaft übertragen, wenn ihre Kinder in Syrien geboren wurden und kein rechtlicher Vater ermittelt werden konnte.<sup>22</sup>

Ist eine syrische Mutter mit einem ausländischen Ehemann verheiratet, müssen folgende Formalitäten zur Registrierung eines Kindes in Syrien abgewickelt werden: Es muss ein Geburtszertifikat vom Mukhtar (Ortsvorsteher) im jeweiligen syrischen Gebiet mit der Bestätigung des Krankenhauses vorliegen, eine Kopie des Ausweisdokumentes des Vaters sowie ein Auszug der Mutter aus dem syrischen Zivilregister. Dies berechtigt das Kind jedoch nicht zur syrischen Staatsbürgerschaft, sondern nur zu einer gewöhnlichen Aufenthaltserlaubnis. Die Registrierung kann jedoch nur erfolgen, wenn die Ehe der Eltern registriert ist.<sup>23</sup>

19 Kwai, Isabella: Syrian doctor accused of atrocities goes on trial in Germany, in: The New York Times, 19.01.2022, <https://www.nytimes.com/2022/01/19/world/europe/germany-syria-war-crimes-mousa.html>, (Abruf 16.02.2022).

20 Vgl. auch ECCHR: Verfahren gegen Arzt Alaa M.: Aufarbeitung der Verbrechen in Syrien geht weiter, a.a.O.

21 Hubbard, Ben: Germany takes rare step in putting Syrian officers on trial in torture case, a.a.O.

22 UNHCR, COI Note on the Treatment of Women with Children Born Out of Wedlock in Syria, 30 September 2019, p. 1, <https://www.refworld.org/pdf/id/5db174a44.pdf> (abgerufen am 09.02.2022)

23 UNHCR, Civil Documentation and Registration in the Syrian Arab Republic, p. 22, <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/69169>, (abgerufen

Infolge des Krieges sind viele syrische Staatsangehörige ins Ausland geflohen. Syrische Mütter können dort ihre Kinder meist nicht registrieren lassen und die damit verbundenen Rechte wahrnehmen. Zudem sind vermehrt Männer durch Kriegshandlungen gestorben, die zurückgebliebenen, alleinstehenden Frauen beantragen selten für ihre Kinder die Staatsbürgerschaft, da sie Schwierigkeiten und Stigmatisierungen bei der Registrierung befürchten. Opfer von Vergewaltigung werden in Syrien stigmatisiert, strafrechtlich verfolgt oder sind sogar Ziel eines Ehrenmordes. Diese Frauen meiden eine Registrierung ihres Kindes oder entscheiden sich für eine Abtreibung.<sup>24</sup> Die Angst vor Misshandlungen und Ehrenmord kann auch zu der Aussetzung solcher Kinder führen.<sup>25</sup> Diese Kinder sind verstärkt Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.<sup>26</sup>

Dazu kommen zusätzlich die Folgen des Krieges und der Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie. Weiterhin sind viele Schulen geschlossen oder wurden zerstört und die Gesundheitsversorgung ist sehr mangelhaft, was weitreichende Konsequenzen für die Kinder nach sich zieht. Es drohen ohne Bildung prekäre Arbeitsverhältnisse, Kinderehen, Krankheit und Armut. Bei staatenlosen Kindern kommen noch Nachteile bei Eigentums- und Erbrecht hinzu, außerdem sind sie von Armut stärker betroffen als syrische Staatsangehörige.<sup>27</sup>

*Anastasia Berger, 62E*

## EUAA: Neue Methodologie zur Vorhersage von asylbezogener Migration

In einem Artikel in Nature Scientific Reports vom 27. Januar 2022 stellen Forscher der Europäischen Asylagentur (EUAA), dem Joint Research Centre der Europäischen Kommission sowie der Universität Catania ein neues Modell vor, mit dem auf Grundlage von Big Data und einem adaptiven maschinellen Lern-Algorithmus namens „DynENet“ die Zahl der in der EU gestellten Asylanträge prognostiziert werden soll. Das System befindet sich intern im Testbetrieb.<sup>28</sup>

am: 09.02.2022)

24 UN Human Rights Council, „I Lost My Dignity“: Sexual and Gender-Based Violence in the Syrian Arab Republic, A-HRC-37-CRP-3, 8 March 2018, [www.ecoi.net/en/file/local/1433339/1930\\_1527146239\\_a-hrc-37-crp-3.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/1433339/1930_1527146239_a-hrc-37-crp-3.pdf), p. 20-21.

25 Humanitarian Response, „Desk Review, Unaccompanied Children and Separated Children in Southern Syria“, February 2017, p. 1, [https://www.humanitarianresponse.info/sites/www.humanitarianresponse.info/files/assessments/uasc\\_desk\\_review\\_for\\_southern\\_syria\\_jordan\\_feb\\_2017.pdf](https://www.humanitarianresponse.info/sites/www.humanitarianresponse.info/files/assessments/uasc_desk_review_for_southern_syria_jordan_feb_2017.pdf) (abgerufen am: 10.02.2022).

26 ISI and Global Campaign for Equal Nationality Rights, Submission to the Human Rights Council at the 26th Session of the Universal Periodic Review Syrian Arab Republic, 24 March 2016, p. 8, <https://equalnationalityrights.org/images/zdocs/ISI-GCENR---UPR-Submission-Syria---March-2016-Final.pdf>, (abgerufen am: 29.11.2021)

27 Ebd., S. 8

28 Carammia, M., Iacus, S.M. & Wilkin, T. Forecasting asylum-related migration

Neben amtlichen Daten zu Migration und Asyl, wie der Zahl der illegalen Grenzübertritte und Anerkennungs-raten in Zielstaaten, werden auch Big-Data-Analysen von Ereignissen und Internet-Recherchen in Herkunfts- und Transitländern in die Prognose miteinbezogen. Durch die Berücksichtigung der Lage in den Herkunftsländern und in den Zielstaaten als mögliche Auslöser von Migration, werden erste Anzeichen von Veränderungen sichtbar gemacht. Das System schätzt den Effekt einzelner Faktoren auch zeitverzögert und beurteilt, wie sich mögliche Auslöser verändern. Dabei besteht das System nicht aus einem großen länderübergreifenden Migrationsmodell, sondern modelliert Beziehungen einzelner Herkunftsland-Zielstaat-Kombinationen. Dadurch soll eine Vorhersage zu den in den einzelnen EU-Ländern gestellten Asylanträgen für bis zu vier Wochen im Voraus möglich sein. Auf Grundlage dieser Herangehensweise mit adaptiven Modellen und skalierten Daten könnten in Zukunft auch weitergehende soziale Prozesse prognostiziert werden.

Ein plötzlicher Anstieg an Asylanträgen könnte aufgrund dieser neuen Methode besser vorhergesagt und ein schneller und fairer Ablauf sowie die Schaffung angemessener Aufnahmebedingungen ermöglicht werden. Zusätzlich zur besseren Vorbereitung der einzelnen Mitgliedstaaten ergibt sich auch eine Möglichkeit zur Bedarfsermittlung für operative Unterstützung durch EUAA, vormals EASO.<sup>29</sup>

Im Rahmen der eigenen Arbeiten zur Entwicklung eines Instruments zur vorausschauenden Migrationsanalyse in der dafür eingerichteten Projektgruppe verfolgt das Bundesamt eng die Entwicklung des von der EUAA vorgestellten Modells.

Andrea Moser, 62E

## Neuer Länderreport zu Afghanistan

Der 48. Länderreport aus den Länderanalyse informiert über die aktuelle Situation von Frauen in Afghanistan. Während sich im Laufe des 20. Jahrhunderts einem Teil der Frauen in Afghanistan immer mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe eröffnet haben, wurden Frauen unter der ersten Taliban-Herrschaft (1996–2001) nahezu komplett aus dem öffentlichen Leben verbannt. In der Islamischen Republik (2001–2021) konnten viele Mädchen und Frauen zur Schule gehen und arbeiten, doch diese Möglich-

keit war auf einzelne Regionen und gesellschaftliche Schichten beschränkt. Generell hat trotz der Einführung entsprechender Gesetze, die Mehrheit der Frauen in Afghanistan häusliche und/oder geschlechtsspezifische Gewalt erfahren und es gab nur schlecht funktionierende Schutzmechanismen. Diese Situation hat sich mit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 verschärft. Während die aktuelle Gesetzeslage nur einzelne Bereiche abdeckt und viel Interpretationsspielraum lässt, zeichnet sich eine Steigerung von Gewalt gegen Frauen bei gleichzeitiger Verschlechterung der Schutzsituation ab. Außerdem sind Frauen und Mädchen größtenteils aus dem Bildungssystem und vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und ihr Zugang zu Gesundheitsversorgung und humanitärer Hilfe ist stark eingeschränkt. Auf Proteste gegen diese Politik reagierte die Taliban-Regierung teilweise mit Gewalt und Verhaftungen. Der Länderreport kann wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter „Publikationen“ abgerufen und verwendet werden.

Andreas Emcev, 62E

## OVG Greifswald / Italien: Bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verletzung von Art. 3 EMRK / Art. 4 GRCh

Mit Urteilen vom 19. Januar 2022 weist das Obergerverwaltungsgericht (OVG) Mecklenburg-Vorpommern Berufungen der Kläger zur Thematik der Sekundärmigration aus Italien zurück (Az.: 4 LB 68/17 und 4 LB 135/17). Bei den Klägern handelte es sich um allein-stehende junge Männer.

Die Kläger hatten internationalen Schutz in Italien erhalten, ihr Asylantrag war daher vom Bundesamt als unzulässig abgelehnt worden. Das OVG Mecklenburg-Vorpommern führt aus, es sei nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass die Kläger bei einer Rückkehr nach Italien der ernsthaften Gefahr ausgesetzt wären, eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zu erfahren.

Es treffe bereits nicht zu, dass die italienischen Behörden den elementaren Bedürfnissen anerkannter Schutzberechtigter gleichgültig gegenüberstehen. Italien habe mit dem SAI-Aufnahmesystem<sup>30</sup> einen Mechanismus für anerkannte Schutzberechtigte entwickelt, der die Versorgung der Bedürfnisse dieser Personengruppe an Wohnung, Nahrung und Hygiene

<sup>30</sup> Sistema di Accoglienza e Integrazione: Empfangs- und Integrationssystem

flows with machine learning and data at scale. Sci Rep 12, 1457 (2022). <https://doi.org/10.1038/s41598-022-05241-8> (aufgerufen am 14.02.2022) bzw. <https://www.nature.com/articles/s41598-022-05241-8.pdf>

<sup>29</sup> EUAA Pressemitteilung vom 03.02.2022, EUAA and European Commission scientists unveil forecasting model for asylum-related migration, based on Big Data, <https://europa.eu/news-events/euaa-and-european-com-mission-scientists-unveil-forecasting-model-asylum-related> (aufgerufen am 14.02.2022)

sicherstelle. Sozialleistungen müssten nicht für sich genommen existenzsichernd sein.

Die Kläger könnten letztlich unabhängig davon, ob sie im SAI-Aufnahmesystem Obdach finden könnten, ihre elementarsten Bedürfnisse durch eigene Erwerbstätigkeit decken. Das OVG Mecklenburg-Vorpommern grenzt sich hier ausdrücklich von der Rechtsauffassung des OVG Nordrhein-Westfalen (Urteil vom 20.07.2021 – 11 A 1674/20.A –, juris) ab. Der weitaus größte Teil der Schutzberechtigten in Italien sei erwerbstätig, es könne daher offenbleiben, ob die grundlegenden Bedürfnisse auch durch karitative Einrichtungen befriedigt werden können.

Den Staat treffe zudem nur dann eine Gewährleistungsverantwortung, wenn lediglich durch staatliches Eingreifen in Form existenzsichernder Leistungen eine drohende Verletzung des Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beziehungsweise Art. 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) abgewendet werden könne.

Das OVG Mecklenburg-Vorpommern hat die Revision nicht zugelassen.

*Georg Meyer, 61E*

## VGH Mannheim / Griechenland: Bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verletzung von Art. 3 EMRK / Art. 4 GRCh

Nach der Entscheidung des 4. Senats des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Baden-Württemberg vom 27. Januar 2022 (Az. A 4 S 2443/21) dürfen Asylanträge von Personen, denen bereits in Griechenland internationaler Schutz zuerkannt wurde, derzeit nicht nach § 29 Absatz 1 Nummer 2 Asylgesetz als unzulässig abgelehnt werden. Vorbehaltlich besonderer Einzelfallumstände besteht nach aktuellem Kenntnisstand die ernsthafte Gefahr einer Verletzung ihrer Rechte aus Artikel 4 Grundrechtecharta der Europäischen Union (GRCh) beziehungsweise Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wegen in Griechenland drohender Obdachlosigkeit. Das Gericht schließt sich in seinen Entscheidungsgründen nach eigener Prüfung und unter Nennung zahlreicher Quellen der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Bremen<sup>31</sup> an und bejaht selbst für gesunde, arbeitsfähige und alleinstehende Männer die konkrete Gefahr drohender Obdachlosigkeit bei einer Rückkehr

nach Griechenland.

Damit geht ein weiteres Obergericht von der Annahme aus, dass in Griechenland anerkannten schutzberechtigten Personen bei Rückkehr nach Griechenland ein Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention droht.<sup>32</sup>

*Andreas Dihlmann, 61E*

### Neuerwerbungen der Bibliothek

Acosta, Diego: After Brexit: Could bilateral agreements facilitate the free movement of persons?. – 7 September 2021. – Brussels: EPC, 2021. – 1 Online-Ressource (15 Seiten). – Online-Ausgabe.

Binder, Thomas: Aufenthaltsbeendende Maßnahmen und primärrechtliche Aufenthaltstitel bei „begünstigten Drittstaatsangehörigen“. – In: *Migralex: Zeitschrift für Fremden- u. Minderheitenrecht*. 19 (2021), S. 40-48

Downes, Chris: EU or UK child-sponsored family reunification policy: Who's right? Whose rights?. – In: *European Journal of Migration and Law*. – 23 (2021), Heft 3, Seite 245-283

Fontana, Sina: Flüchtlingsaufnahme durch Kommunen. – Online-Ausgabe. – In: *Kommunaljurist*. – 18 (2021), Heft 7, 1 Online-Ressource (Seite 241-280)

Hasanaj, Shkelzen: Europeanization through migration policies : legislative comparison between civil law systems and common law systems. – In: *Academic Journal of Interdisciplinary Studies*. – 7 (2018), Heft 2, 1 Online-Ressource (Seite 73-95)

Lührs, Lisa-Marie: Der Vorschlag einer neuen EU-Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung : alter Wein in neuen Schläuchen. – 1 Online-Ressource (7 Seiten). In: *NVwZ*. – 40 (2021), Heft 18, Seite 1329-1335

Seitz, Bettina [u.a.]: Jahresbericht des Beirats für Forschungsmigration : gem. § 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung – 2020. – Stand: 05/2021. – Nürnberg: BAMF, 2021. – 1 Online-Ressource (22 Seiten).

Thane, Katharine: Highly skilled migrants: indefinite leave to remain refusals & Covid-19 realities. – January 2021. – [London] : Migrants Rights Network, 2021. – 1 Online-Ressource (21 Seiten). – Online-Ausgabe

<sup>32</sup> bisher: Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 21.01.2021 – 11 A 2982/20.A, Oberverwaltungsgericht Niedersachsen, Urteil vom 19.04.2021 – 10 LB 244/2 sowie zuletzt Oberverwaltungsgericht Bremen, Urteil vom 16.11.2021 – 1 LB 371/21

<sup>31</sup> Siehe Urteil vom 16.11.2021; 1 LB 371/21



# Impressum

## Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
90461 Nürnberg

## Stand

02/2022

## Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Bildnachweis

iStockphoto


## Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg  
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de)  
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen  
unter: [www.bamf.de/publikationen](http://www.bamf.de/publikationen)

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 [www.facebook.com/bamf.socialmedia](https://www.facebook.com/bamf.socialmedia)

 [@BAMF\\_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

